

GRUNDSATZERKLÄRUNG VON SEPTEMBER 1988

Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V. (WIPOG) wirkt seit über vier Jahrzehnten an der Entwicklung für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft mit. In ihrem Gründungsprogramm heißt es:

„In einem demokratischen Gemeinwesen trifft die Verantwortung für die Wirtschaft nicht nur die in ihr und für sie Tätigen, sondern das ganze Volk als gemeinsamen Träger der staatlichen Ordnung [...] Genauso wie der Bürger für eine funktionsfähige Wirtschaft Verantwortung tragen soll, so muß sich der Unternehmer einer Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen bewußt werden [...] Wir wollen keine Interessenpolitik, die zu Lasten der Allgemeinheit nach Staatshilfe ruft, wenn es schlecht geht, und die den Staat überspielt wenn es gut geht.“

Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V. orientierte und orientiert ihre Tätigkeit an dem Ziel, den Bürger in den Mittelpunkt aller Politik zu rücken, und zum entscheidenden Träger der Zukunftsgestaltung zu entwickeln. Der Staat soll für den Bürger da sein, und nicht umgekehrt der Bürger für den Staat.

Der von der WIPOG geprägte Begriff „Offene Welt“ war und ist für sie zugleich bestimmend für ihr Handeln. Dies belegt schon die Liste ihrer Gründer und Mitglieder, in der Männer wie Ludwig Erhardt, Alexander Rüstow, Kurt Pentzlin, Alfred Petersen, Gerd Bucerus, Theodor Heuss, Robert Pferdemenges, Otto Klepper und Volkmar Muthesius stehen.

Mit über einhundert Ausgaben der Zeitschrift „Offene Welt“ hat die WIPOG in diesem Sinne ihren Beitrag zur Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft geleistet. Aber auch die Veranstaltungen und die Tagesarbeit spiegeln das selbstgesetzte Ziel. Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft stand stets für Offenheit, für Kooperation statt Konfrontation, für das Allgemeinwohl statt der Durchsetzung einseitiger Interessen, für mehr Spielraum des Bürgers, für ganzheitliches Denken und Handeln, für Flexibilität und gegen Erstarrung. Sie hat sich bemüht, den Wirkungszusammenhang zwischen wirtschaftlichen, technischen, politischen und soziokulturellen Prozessen zu verdeutlichen.

Diese Aufgaben haben eine unverändert große Bedeutung. Die mahnenden Worte von Ludwig Erhardt und anderen, nicht alles auf den materiellen Wohlstand zu gründen, die geistig-kulturellen Werte zu pflegen, um das Ganze zu entwickeln und im Gleichgewicht halten zu können und so die Zukunft in menschlicher Würde und im Einklang mit der Natur zu sichern, wurden zu lange als pessimistisch und wissenschaftlich unhaltbar abgetan. Alles wurde für machbar, vom Staat gestaltbar und kontrollierbar erklärt. Der so entstandene Glaube an das Machbare hat die Initiative des Bürgers zurückgedrängt und scheinbar überflüssig gemacht. So wurde das wichtigste Regulativ, aber auch die wichtigste Triebkraft für die Entwicklung und Gestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft entscheidend geschwächt.

GRUNDSATZERKLÄRUNG VON SEPTEMBER 1988

Der reine Zweckrationalismus hat eine Denk- und Werthaltung hervorgerufen, aus der sich zukunftsweisende Leitbilder und Modelle nicht entwickeln konnten. Das gesellschaftliche Konfliktpotential wurde lange Zeit durch eine Art ökonomischen Wachstumsfetischismus überdeckt, der auch gegenwärtig noch nicht überwunden ist. Dies kann nicht der Wirtschaft angelastet werden, deren Dynamik offenbar die anderen Bereiche und deren Verantwortungsträger nicht gewachsen sind.

Die Mehrung des geistigen und sittlichen Kapitals, die unter anderen Friedrich List und in neuerer Zeit Wilhelm Röpke und Ludwig Erhardt, als Voraussetzung des materiellen Kapitals und der materiellen Wohlfahrt ansahen, hat mit der Entwicklung der Wirtschaft und Technik nicht Schritt gehalten. Die Erwartung, daß sich durch Steigerung des materiellen Wohlstands soziale und kulturelle Probleme automatisch lösen, hat sich als Irrtum erwiesen. Eine Umkehr im Denken und Handeln setzt nur zögernd ein.

Durch Ideologien und Feindbilder wird eine Verständigung zur Lösung von Sachfragen erschwert, teilweise unmöglich. Dies drückt sich vielfach in der Politik und verstärkt in den Medien aus. Aber die Politik ist gerade aufgerufen, auf der Grundlage von Sachanalysen sachgerechte Entscheidungen zu treffen.

Ohne Zweifel gibt es auch Reibungsverluste bei der Kommunikation zwischen Staat, Parteien und Bürgern, zwischen „oben“ und „unten“. Die Bürokratie hat sich zwar nicht verselbständigt, sie ist aber in ihren Abläufen und in ihrer Sprache für den Bürger kaum noch nachzuvollziehen.

Die Konzentration der Kräfte auf die Ökonomie kommt auch im Übergewicht der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften gegenüber den Geisteswissenschaften zum Ausdruck. Hier muß ein Ausgleich durch Förderung der Geisteswissenschaften erfolgen, damit diese auch den von ihnen zu erwartenden Beitrag bei der Zukunftsgestaltung leisten können. Dieser Beitrag betrifft vor allem die Steuerung der gesellschaftlichen Prozesse.

Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V. will ihren Beitrag zur Zukunftsgestaltung durch sachliche Information und Dialog leisten. Sie will nicht zuletzt den Blick auf die weltweiten Zusammenhänge schärfen.

Die WIPOG will deutlich machen,

- Daß das in einigen Ländern erreichte Wohlstandsniveau eine wichtige Voraussetzung dafür ist, bisher vernachlässigte Bereiche der Gesellschaft zu entwickeln.

GRUNDSATZERKLÄRUNG VON SEPTEMBER 1988

- daß eine weitere einseitige Steigerung des Wohlstandniveaus im Sinne von höherem Konsum an Gütern und Leistungen unausweichlich zum Versorgungsstaat führt und das Engagement des Bürgers für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft schwächt.
- daß die mit einer derartigen Steigerung einhergehende Gefahr, zu einer Art „Wegwerfgesellschaft“ zu werden, die auch die natürlichen Grundlagen gefährden müßte, stärker als bisher zu beachten ist.
- daß dennoch die Sicherung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft die Grundvoraussetzung für die Sicherung von Wohlstand und Freiheit ist.
- daß die Soziale Marktwirtschaft die der freien Gesellschaft entsprechende Wirtschaftsordnung ist, die es zu sichern und auszubauen gilt. Ihre Prinzipien sind auch in anderen Bereichen anzuwenden und für deren Entwicklung zu nutzen.
- daß sich Soziale Marktwirtschaft und soziale Sicherung, Ökonomie und Ökologie nicht gegenseitig ausschließen. Es bedarf der Einsicht aller Handelnden, daß die natürlichen Lebensbedingungen den Vorrang vor allen anderen Aufgaben und Entwicklungen haben. Der Bürger kann durch sein eigenes Verhalten einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten, aber auch durch seine Mitwirkung im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben.
- daß die Zukunft unsere Gesellschaft nicht durch den Staat allein oder durch „Staatseingriffe“ gesichert werden kann. Der Staat hat bisher Fehlentwicklungen nicht verhindern können. Arbeitslosigkeit bei Arbeitskräftemangel, zu hohe Staatschulden bei steigenden Staatseinkommen, gefährdete soziale Sicherungssysteme, Müllentsorgung/Müllnotstand, Naturschäden sind Ausdruck dafür.
- daß die Bürger sich intensiver als bisher am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Dazu müssen sie nicht nur besser informiert, sondern auch besser gebildet werden. In der Bildung der Bürger liegt der Schlüssel zur Zukunftsgestaltung.
- daß unser seit dem vorigen Jahrhundert schmalbrüstig gewordenenes Kulturbewußtsein durch Wiederherstellung eines das ganze Leben widerspiegelnden Kulturbegriffs abgelöst wird. Wir wollen mitarbeiten an der Wiederherstellung eines ganzheitlichen Menschenbildes, das auf der Vielfalt der menschlichen Begabungen angelegt ist.
- daß das Geschichtsbewußtsein als Mittel der Standortbestimmung des Menschen in seiner Zeit erneuert wird. Wir treten ein für die Verschmelzung der kleinen Geschichte des Individuums mit der großen Geschichte der Gesellschaft.

GRUNDSATZERKLÄRUNG VON SEPTEMBER 1988

- daß neben der Kritik als Mittel der individuellen und gesellschaftlichen Standortbestimmung und Entwicklung auch die Anerkennung der Leistung tritt. Wir sehen darin ein Mittel zur persönlichen und gesellschaftlichen Motivation.

Die WIPOG hat deshalb in ihrer Satzung bestimmt:

„Zweck der Gesellschaft ist die Förderung wissenschaftlicher Forschung und der Volksbildung in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht.“

Die WIPOG ist offen für alle Themen, Gruppen und Personen. Sie sucht die Mitarbeit von allen Interessierten und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Seit ihrer Gründung hat sie versucht, aus dem selbständigen Denken der Bürger Impulse für Leistungen und Problemlösungen zu gewinnen. Als wichtigstes Mittel hat sich dabei das Gespräch erwiesen, der unmittelbare Kontakt zwischen Einzelnen und Gruppen und zwar ungeachtet etwaiger Weltbilder. Dieser Austausch soll nach Kräften gefördert werden.

Die WIPOG will ihre Tätigkeit vor allem in drei Formen durchführen:

- Größere Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. - Auf diesem Gebiet will sie nicht einer unter vielen Anbietern sein. Sie will vielmehr Themen behandeln, die gesellschaftlich relevant sind, aber bisher nicht oder nur ungenügend bearbeitet wurden.
- Bearbeitung von wissenschaftlichen Forschungsprojekten durch Experten. - Diese Projekte beziehen sich vor allem auf Frankfurt am Main und den Rhein-Main-Raum. Diesem großen europäischen Ballungsraum mit der Metropole Frankfurt am Main kommt auch in Zukunft eine Pionierfunktion zu im weltweiten und europäischen Wettbewerb auf ökonomischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Beteiligt werden Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und aus anderen Bereichen. Die Arbeitsergebnisse werden dokumentiert und publiziert, ihre Umsetzung wird von Arbeitskreisen begleitet und gefördert.
- Interne Fachgespräche mit Experten. - Dem Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft steht bei der inhaltlichen Gestaltung der Arbeit und der Umsetzung ihrer Ergebnisse ein Freundeskreis zur Verfügung, dem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung angehören.

Der Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e.V.

Frankfurt am Main, September 1988